

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 11/001/2018

**Kreisausschuss am 27.09.2018**

### **Zu Punkt 15: Personalmanagementkonzept - Tarifrechtliche Regelungen**

KA Völker begrüßt die Vorlage, betont jedoch die vielen Probleme, vor denen die Verwaltung insbesondere im Rahmen der Nachbesetzung von Stellen stehe. Aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels sei es wichtig, dass sich die Verwaltung attraktiv zeige, um die Mitarbeiter binden zu können. Dies sei ein langer Weg.

Landrat Hendele erläutert, dass es sich bei der Vorlage um einen Teil des Gesamtkonzeptes zur Personalentwicklung handele und ihm das Problem der Personalakquise bekannt sei. Aufgrund der Behördendichte in unserer Region herrsche viel Konkurrenz. Er führt aus, dass aktuell die Mitarbeiterbefragung starte, um das Personal bestmöglich in den Prozess einzubinden und auf Wünsche reagieren zu können.

KA Dr. Ibold sieht in der Vorlage die Bestätigung seiner Annahme, dass ein Austritt aus der Tarifgemeinschaft nicht sinnvoll sei.

KA Schulte betont, dass mit dem TVöD viele strukturelle Probleme einhergehen, die nicht nur den Kreis Mettmann betreffen, und die nur durch die Verhandlungen in der nächsten Tarifrunde gelöst werden könnten. Neben der Konkurrenz zwischen öffentlichen Verwaltungen verweist er zudem auch auf die gewerblichen Arbeitgeber, die ebenfalls Personal abwerben.

Bezüglich der Möglichkeit einer Zulagenzahlung an Mitarbeiter, die derzeit durch die Verwaltung nicht genutzt werde, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden, gibt KA Schulte zu bedenken, dass eine Nichtanwendung ebenso zu einem Unfrieden bei den Mitarbeitern führen könne, die sich besonders engagieren. Insgesamt müssten seiner Auffassung nach die Tarifpartner Leistungsträger besser honorieren. Sollte dies nicht geschehen, müsse die Verwaltung nach hausinternen Möglichkeiten suchen.

Landrat Hendele bestätigt, dass u.a. das Thema Zulagenzahlung im Rahmen der Mitarbeiterbeteiligung erörtert werden solle.

Auf Nachfrage von KA Völker führt Landrat Hendele aus, dass derzeit nicht mehr Auszubildende eingestellt werden könnten, da die Bereiche für den – in den Lehrplänen vorgeschriebenen – praktischen Teil der Ausbildung voll ausgelastet seien.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.